



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/118/

Hannover, 19. September 1949

Ohne Einfluss auf die SPD-Politik
=====

-x. Max Reimann, der Vorsitzende der westdeutschen KP, gab anlässlich der letzten KP-Vorstandssitzung in Frankfurt bekannt, seine Partei habe wieder einmal ihre Taktik geändert und suche nun eine Kampfgemeinschaft mit der SPD gegen den vordringenden Monopolkapitalismus. Eine erste Auswertung dieser Schwenkung sei ihre Zustimmung zur Kandidatur Dr. Schumachers zum Bundespräsidenten gewesen. Gleichlautende Erklärungen unmittelbar nach der Präsidentenwahl haben Anlass zu Kommentaren gegeben und zu der Mahnung, die SPD werde sich dieser veränderten Taktik anzupassen haben.

Die KP profitierte schon immer psychologisch bei allen politisch Unwüchigen davon, dass sie sich schnellstens neuen Situationen anzupassen vermag. Das geht, wenn nötig, soweit, dass sie sich um ihre eigene Achse dreht. Die Anzahl ihrer Schwenkungen um 180 Grad sind unzählbar. Alle taktischen Veränderungen waren jedoch bestimmt durch ein strategisches Ziel, über das niemals die regionale Leitung der KP, sondern immer die Moskauer Spitze entschied.

Nach der Vernichtenden Wahlniederlage der KP war eine neue Taktik fällig und ebenso eine gründliche Reinigung der Partei. Zwei Dinge, die, obgleich zusammengehörig scheinend, im krassesten Widerspruch zueinander stehen.

Die kontrastierende Entwicklung der Ost- und Westzonen hat nicht nur die Wählerschaft, sondern ebenso die Mitgliedschaft der KP dezimiert und man war genötigt, von der nur destruktiven Einstellung gegenüber der westdeutschen Entwicklung abzukommen, wollte man die gegenwärtige Bedeutungslosigkeit dieser Partei nicht bis zur völligen

gen Aufreibung treiben. Daher die Umstellung auf konstruktive Opposition. Demgegenüber hat die Reinigungsaktion den Zweck, nicht etwa die bisher destruktiven Elemente, sondern alle jene auszuschalten, die sich den moskowitzischen Anweisungen nicht mehr willenslos fügen und "trotzkistischen" oder "titdistischen" Strömungen nachhängen. Dass sich die Generallinie dieser Partei nicht änderte, verdeutlicht am besten die Erklärung Reimanns über die Unantastbarkeit der Oder-Neisse=Grenze.

Jeder Versuch, der Sozialdemokratie aus der veränderten Haltung der Kommunisten eine irgendwie geartete Verantwortung zuzuschreiben und jede Erwartung, die SPD habe sich auf die Taktik der KP umzustellen, geht von einer gründlichen Verkennung der politischen Situation aus, sofern hier nicht die politische Absicht vorliegt, die SPD an der Verantwortung der verhängnisvollen KP-Politik zu beteiligen.

Die SPD kann und wird keine Partei hindern, sich aus taktischen Gründen ihren Auffassungen anzuschließen. Sie wird aber auch ihre eigene Auffassung nicht ändern, nur weil eine andere Partei derselben Meinung geworden ist. Sie wird es nicht tun, weil anzunehmen ist, dass das taktische Einschwenken einer anderen Partei auf die Linie der SPD - und das kommt in dem Beispiel der KP besonders prägnant zum Ausdruck - dem weitgehenden Druck der Wähler und der politischen Notwendigkeiten entspricht.

Die SPD-Politik genießt den Vorzug einer eigenen, von aussen unbeeinflussbaren Konzeption, die einer ferngesteuerten Minderheit auch dann keine besondere Beachtung schenkt, wenn diese durch Beifall die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken sucht. Den Wert und Charakter der für Dr. Schumacher abgegebenen KP-Stimmen beleuchtet die furchtbare Tatsache, dass in der Ostzone SPD-Leute für ihre Anhängerschaft an den gleichen Namen in die KZ gehen, für den ihre Herrenknechte im Westen gestimmt haben.

Frankreich und das Saarland

Von Alfred Frisch, Paris

Das Saarland ist in der letzten Zeit zum empfindlichsten Punkt in den deutsch-französischen Beziehungen geworden. Die genaue Kenntnis der verschiedenen französischen Einstellungen zu dieser Frage erscheint daher als besonders wichtig.

Der wirtschaftliche Anschluss des Saargebiets an Frankreich war von der französischen Öffentlichkeit, von einigen Wirtschaftskreisen abgesehen, einstimmig gebilligt worden. Selbst die Kommunisten hatten von einer ausgesprochenen Gegenpropaganda abgesehen, wenn sie auch immer wieder auf einer französisch-russischen Verständigung über die Saar bestanden und der Regierung vorwerfen, die Saar mit dem Verzicht auf die französischen Rechte im Ruhrgebiet eingehandelt zu haben.

Widerspruchsvoller und unübersichtlicher sind die Meinungen hinsichtlich der zukünftigen politischen Stellung des Saarlandes. Das französische Außenministerium tritt sehr entschieden für die völlige politische Loslösung der Saar von Deutschland ein und empfiehlt die Schaffung eines mehr oder weniger autonomen Staates. Eine Annexion dürfte dem Quai d'Orsay fern liegen, wenn auch starke Bemühungen bestehen, die kulturellen und sonstigen Bande zwischen Saarbrücken und Paris möglichst eng zu gestalten. Der Gedanke einer weiteren Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland unter Aufrechterhaltung der Wirtschaftsunion mit Frankreich findet selbst bei denjenigen wenig Gegenliebe, die die französische Initiative auf Aufnahme der Saar in den Strassburger Europarat als verfrüht ablehnten. Auch für die französischen Sozialisten dürfte die wirtschaftliche Eingliederung der Saar wenigstens stillschweigend mit ihrer politischen Loslösung von Deutschland verbunden sein. Es fehlen hierüber, wohl absichtlich, klare Definitionen und man tröstet sich im allgemeinen mit dem Wunsche, die Saar möge eine Brücke zwischen Deutschland und Frankreich werden, ohne die Art und die Möglichkeiten dieser Brücke näher zu umschreiben. Auf jeden Fall scheint man nicht daran zu denken, die beiden Brückenköpfe fest auf französischem und deutschem Boden zu

19. September 1949

verankern. Das Ziel ist keine deutsch-französische Zusammenarbeit in der Saar, sondern eher die Schaffung eines moralischen und politischen Treffpunktes. Das Bild der Brücke wäre demnach falsch gewählt, es sei denn, man begnüge sich mit einer recht schwankenden und zu beweglichen Schiffsbrücke.

In den Reihen der Wirtschaft ist man zur Zeit über die sich fühlbar machende, zusätzliche Konkurrenz der Saarindustrie nicht restlos beglückt. Man kommt nach und nach zu der Erkenntnis, dass für zahlreiche Waren Deutschland das natürliche Absatzgebiet der Saar ist. Anfangs war gedacht, die Saarindustrie nach dem französischen Markt hin zu orientieren und dafür entsprechende französische Waren nach Deutschland auszuführen. Dieser Plan war nicht zu verwirklichen, weil die französische Industrie viel ungenügender auf den deutschen Markt eingestellt ist, als ihre Konkurrenz an der Saar. Man ist daher jetzt wieder sehr daran interessiert, der Saarindustrie den Weg nach Deutschland zu öffnen. Es mag in diesem Zusammenhang interessieren, dass die Saar bereits im ersten Halbjahr 1949 ungewöhnlich stark an der französischen Ausfuhr nach Deutschland beteiligt war. Von einer Gesamtmenge von 2,61 Mill.t. lieferte sie allein an Kohle 2,33 t., ferner einen Grossteil der 57.000 t ausgeführter Stahlerzeugnisse und ausserdem Glaswaren und verschiedene Maschinen.

Auf dem französischen Binnenmarkt wirkt sich die Saarkonkurrenz zur Zeit hauptsächlich bei Porzellan, Konfektionskleidung und verschiedenen Erzeugnissen der mechanischen Industrie aus.

Gefährvoller Entschluss

(sp) Die Abwertung des englischen Pfundes um rund ein Drittel und die Einbeziehung der meisten westeuropäischen Währungen in diese Manipulation stellen einen der tiefsten Einschnitte in das europäische Wirtschaftsleben der letzten Jahre dar, dessen Folgen im einzelnen noch nicht abzusehen sind.

In allen Ländern, die die Abwertung nitzumachen genötigt sind, werden sich Preiserhöhungen nicht vermeiden lassen. Das wird vor allem bei solchen der Fall sein, die auf Importe lebensnotwendiger Güter an-

gewiesen sind. In England z.B. hat Cripps selbst bereits Erhöhungen verschiedener Lebensmittel angekündigt. Das würde eine Art Generalangriff auf die Preispolitik darstellen, die die Labour-Regierung seit 1945 betrieben hat und es ist sehr fraglich, wie weit man diese Entwicklung durch Lohnerhöhungen wird ausgleichen können, weil dann die berühmte Schraube ohne Ende wieder in Funktion träte. Nun haben sich die Engländer bisher gerade in den kritischsten Abschnitten ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung weitgehend auf die Festigkeit ihres Gemeinschaftsbewusstseins verlassen können, das sich immer wieder in Situationen bewährt hat, in denen in anderen Ländern sich bestehende Gegensätzlichkeiten gerade verschärften. Es ist also in England eine Ausbalancierung der Interessen der Arbeitnehmer mit denen der Arbeitgeber auf einer für die ersten tragbaren Basis immerhin möglich.

Natürlich wird die Abwertung auch Rückwirkungen auf Deutschland haben, weil man vermutlich versuchen wird, die D-Mark dem neuen Kurs anzupassen. Auch das wird aber wohl nicht so grosse Bedeutung für uns haben, als Deutschland währungspolitisch nicht selbständig ist - trotz einer gegenteiligen Erklärung des Finanzexperten der alliierten Zweizonenverwaltung - und es nur einen Teil der umfangreichen Importe selbst bezahlt. Jedenfalls dürfte sich die Tendenz zur Preissteigerung auch in Deutschland verstärken und es ist die Frage, ob die Kraft der Gewerkschaften ausreichen wird, der Gefahr einer weiteren Senkung des Reallohnes vorzubeugen. Die Situation, die entstanden ist, umschließt viele Gefahrenmomente.

Zu hoffen bleibt, dass dieser Schock dazu beiträgt, alle europäischen Länder von der Notwendigkeit einer echten europäischen Währungseinheit zu überzeugen und dass man aus solcher Erkenntnis die entsprechenden Schlussfolgerungen zieht. Auch für das Gebiet der internationalen Währungsverflechtung gilt, dass nur ungewöhnliche und wirklich einschneidende Massnahmen bis zum Auslaufen des Marshall-Planes im Jahre 1952 eine einigermaßen gesunde Grundlage für die europäische Entwicklung schaffen können.

19. September 1949

Wortlaut der bereits an dpa und den
NWDR gegebenen Erklärung.

Ostzone und SPD

=====

Zu einer wichtigen Arbeitstagung über ostzonale Fragen trafen sich im Hause des Parteivorstandes der SPD Hannover führende sozialdemokratische Politiker der Ostzone. Die Versammlung, in der sich Abgeordnete des Bundestages und führende politische Persönlichkeiten der Westzonen, sowie der geschäftsführende Vorstand der SPD befanden, repräsentierte die 600.000 rechtlosen Mitglieder der SPD in der Ostzone.

Unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Erich Ollenhauer und nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher beschäftigte sich die Konferenz mit aktuellen politischen Fragen der Ostzone und ihren Auswirkungen auf die künftige Regierungspolitik in Bonn.

Dr. Kurt Schumacher führte aus: Die Stellung einer ersten Oppositionspartei mit Konzeption und Energie ist stärker als die Stellung einer mitlaufenden zweiten Regierungspartei. Dr. Schumacher bedauerte, dass innerhalb der Bonner Regierungsparteien Kräfte enthalten seien, die die Meinung vertreten, dass der deutsche Kulturkreis an der Elbe sein Ende finde. Das Gefühl des Abgeschriebenseins in der Ostzone dürfe nicht aufkommen.

"Die Idee der deutschen Einheit, wie sie in der SPD herrscht, ist der polare Gegensatz zum Einheitsgedanken der SED.... Die SPD werde den Kampf um die Wiedererlangung der deutschen Einheit mit aller Konsequenz führen. Dabei ist die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland ebenso unabdingbar wie der Anspruch auf Revision der Oder-Neisse-Grenze."

Nach eingehender Aussprache kam die Konferenz zu der Auffassung, dass die Bildung eines besonderen Ostministeriums bei der Bundesregierung in Bonn die Anerkennung der Zweiteilung Deutschlands bedeuten würde. Die SPD verlangt daher die Berücksichtigung der Ostzonenfrage in einem Ressort des Innenministeriums.

Die Konferenz bildete einen elfköpfigen Ausschuss zur Beratung des Parteivorstandes für spezifische Ostzonenfragen. Der Ausschuss ist aus ehemals führenden Sozialdemokraten der Ostzone und einigen Bundestagsabgeordneten zusammengesetzt.

Verantwortlich: Peter Raunau